

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

Beschlossen
Nachtragshaushalt 2006

Eingesetzt
Enquete-Kommission

Debattiert
Programm „Jugend für Vielfalt,
Toleranz und Demokratie“

Angeschoben
Libérale Ladenöffnung

Konstituiert
Fachausschüsse des Landtages

Geworben
Landtag auf der Grünen Woche

Gespendet
Rose aus Ghana kann lernen



Jahrgang 17
1 / 2007

Inhalt

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde: 4 – 5

„Betreuungssysteme im Wandel – zeitgemäße Initiativen für eine beschützte Kindheit“

Weitere Themen: 6 – 8

Änderung der Ladenöffnungszeiten

Wahl des Bürgerbeauftragten M-V

Nachtragshaushalt 2006 –

Sicherung des G8-Gipfels

Enquete-Kommission

„Stärkung der kommunalen

Selbstverwaltung“

Auszüge aus der Debatte: 9 – 14

Programm „Jugend für Vielfalt,

Toleranz und Demokratie –

gegen Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und

Antisemitismus“

Aus den Ausschüssen 15 – 17

Die Zusammensetzung

der neun Fachausschüsse

Visite in der Landesvertretung M-V

in Brüssel

Panorama 18

Landtag auf der Grünen Woche

in Berlin

Landeskunstwettbewerb

Schlossgeschichten 19

Rose aus Ghana kann lernen

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 0385 / 525 2151,

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth

Klöresgang 5, 19053 Schwerin

Fon: 03 85 / 48 56 3-0,

Fax: 03 85 / 48 56 3-24

Titelbild:

Winter 2006 - Schweriner Schloss im Eis.

Bildnachweis:

AOK Schwerin (18/2)

Balewski (4/1-3, 5/1-4, 10/1, 11/1, 12/1, 13/1-2)

Büttner (7/1, 14/1)

Cordes (20/4)

Kettler (Titelbild, 7/2, 8/1, 9/1)

Kurczewski (2/1)

Lindenbeck (3/1-6)

Landtagsverwaltung/Lange (18/1, 20/1)

Landtagsverwaltung/Richter (15/1, 18/1, 19/1, 20/2-3)

Landtagsverwaltung/Strätker (17/1)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Mehr Selbstbewusstsein, bitte!

Fünf Parteien im Landtag. Aber die Zeitungen sind nicht dicker geworden, Hörfunk und Fernsehen haben nicht mehr Sendezeit. Leser, Zuhörer und Zuschauer haben nicht mehr Zeit, sich mit Landespolitik zu beschäftigen. Dennoch muss Politik transparent gemacht und vom Wähler verstanden werden.

Transparenz? Wollen das Politiker wirklich? Vor der Wahl – immer wieder gerne gesehen: So genannte Home-Stories. Der Politiker als Mensch. Der Nachbar von nebenan. Der Landesvater, der am Wochenende über den See rudert. Der Oppositionsführer mit Familie am Frühstückstisch. Mecklenburger Idylle. Nach der Wahl aber ist es doch viel gemütlicher hinter verschlossenen Türen. Erst wenn ein Diskussionsergebnis feststeht, dann aber bitte eine ausführliche Berichterstattung.

Vor der Wahl: Freundliche, hilfsbereite Pressesprecher. Alle wollen ins Programm. Nach der Wahl: Bereits gefällte Entscheidungen werden tagelang zurückgehalten. In die Öffentlichkeit dürfen sie nur nach einem strengen Fahrplan. Die Pressesprecher überlegen genau, was wann veröffentlicht wird. Strategiespiele manchmal ohne Sinn und Zweck. Manchmal wohl in der Hoffnung, am Wochenende fällt manches gar nicht so auf. Immer wieder schön, wenn es uns Journalisten dann gelingt, die Veröffentlichung etwas zu beschleunigen. Mehr als eine sportliche Übung ist das dann aber auch nicht.

Jetzt ist die Landtagswahl schon wieder ein paar Monate vorbei. Und es gibt neue Gepflogenheiten im Landtag. Vorbei die lockeren Zeiten, in denen ein Kamerateam und der Reporter vorne im Plenarsaal standen und das Geschehen beobachten und zeigen konnten.

Zwischenrufe von Abgeordneten im Fernsehen – nun Fehlanzeige. Das Kamerateam sieht die Volksvertreter nur noch von hinten. Stattdessen immer sichtbar: die Regierungsbank. Die Abgeordneten aber bleiben gesichtslos – zeigen ihren Rücken. Die Exekutive wird ins rechte Licht gerückt, und die mächtige Legislative wird nicht richtig gezeigt. Zu Hinterbänkclern lassen sich die Gewählten da selber machen. Auch die Parlamentarier der großen Koalition sind mehr als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung.

Die fehlende klare räumliche Trennung im Plenarsaal zwischen den Regierungsfractionen ist ebenfalls das falsche Signal. Der Wähler hat unterschiedliche Parteien gewählt, es gibt wichtige Unterschiede zwischen den Koalitionären. Diese Unterschiede müssen deutlich bleiben – auch optisch.

Und dann ist da noch die ominöse Angst, im Fernsehen könnte ein Landtagsabgeordneter gezeigt werden, der eine Tageszeitung oder gar Akten



Felix Pankok

Felix Pankok besuchte in München die Deutsche Journalistenschule und studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität Journalistik. Seit 1993 arbeitet er für das NDR-Fernsehen in Schwerin. Zunächst als Berichterstatteur über Landespolitik, dann als Featureredakteur und Redakteur vom Dienst (RvD) beim *Nordmagazin* und jetzt wieder als Reporter für Landespolitik.

liest – während einer Sitzung! Wo bitte liegt das Problem? Die Wähler haben sogar ein Anrecht darauf, dass ihre Abgeordneten sich informieren. Deshalb müssen Abgeordnete mehr Selbstbewusstsein zeigen.

Eigentlich sogar schön, wenn ein Abgeordneter auch einmal eine überregionale Zeitung liest. Ich erwarte von Landtagsabgeordneten, dass sie sich umfassend informieren. Die immer wieder geäußerte Stammtischparole, Landtagsabgeordnete lesen „nur“ Zeitung, ist falsch. Das muss den Wählern vermittelt werden. Mit solcher Kritik an Infoständen muss umgegangen werden. Für Verständnis erworben werden. Zeitung lesen gehört zur Demokratie. Wegen des Fernsehbildes vom zeitungslisenden Abgeordneten die Dreharbeiten des Mediums Fernsehen einzuschränken, ist falsch.

Selbstbewusste Landtagsabgeordnete müssen sich zeigen wollen. Eine Einschränkung, nicht abgebildet zu werden, dürfen sie sich nicht bieten lassen. Auch dann nicht, wenn die eigene Partei die Regierung stellt. Regierung und Parlament müssen ihre Aufgaben erfüllen. Auch Parteifreunde und Koalitionspartner müssen kontrolliert werden. Und politische Diskussionen gehören nicht nur in die Fraktionssitzung. Auch politische Diskussionen in der eigenen Partei gehören in die Öffentlichkeit. Oder gibt es eine wirkliche Diskussion oft gar nicht? Wird nur die in der Regierung oder in Berlin entwickelte Parteimeinung kritiklos übernommen?

Nur wenn Bürger wissen, dass in Parteien diskutiert wird, werden Parteien interessant. Wer weiß, dass seine Argumente in den Parteien gehört und kanalisiert werden, hat einen Grund, sich zu engagieren. Und deshalb – liebe Landtagsabgeordnete: Bitte mehr Selbstbewusstsein!

Felix Pankok

Königinnen und Könige eroberten Parlament

Landtagspräsidentin empfing Sternsinger im Schweriner Schloss



Der elfjährige Philippe lebt in Madagaskar. Jeden Tag arbeitet er zehn Stunden als Steinklopfer in einem Steinbruch. Lesen und schreiben kann Philippe nicht – seine Eltern können sich das Schulgeld nicht leisten, und der magere Verdienst des Jungen wird für Wohnung und Essen gebraucht.

Die Geschichte von Philippe erzählte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den rund 200 Kindern aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, die am 8. Januar zum traditionellen Sternsinger-Empfang in das Schweriner Schloss gekommen waren. Noch einmal hatten sich die Kinder als die heiligen drei Könige verkleidet, als die sie Anfang Januar von Haus zu Haus gezogen waren, um Spenden für Not leidende Kinder zu sammeln.

„Mit eurem Einsatz helft ihr mit, dass Kinder wie Philippe lernen können und mit einer guten Ausbildung die Chance bekommen, ein besseres Leben für sich und ihre Familien aufzubauen“, lobte Sylvia Bretschneider die Kinder für ihr Engagement. Auch der Weihbischof der Katholischen Kirche Norbert Werbs und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hermann Beste ließen es sich nicht nehmen, beim Sternsinger-Empfang des Landtages dabei zu sein und den Einsatz der Kinder zu würdigen. Anschließend lud Sylvia Bretschneider die Sternsinger und ihre Begleiter zu einer Stippvisite in den Plenarsaal ein. Hier durften die Kinder auf den Stühlen der Abgeordneten

und Minister Platz nehmen und erfuhren, wie das Parlament arbeitet. Viel Gelächter gab es, als sich die sieben- bis elfjährigen „Minister und Ministerinnen“ ihren Altersgefährten mit den richtigen Namen der Regierungsglieder vorstellten.

Zum Ausklang des Sternsinger-Empfangs verzauberte die Schweriner Puppenspielerin Margrit Wischniewski Kleine und Große mit einer überaus witzigen und phantasievollen Version des „Gestiefelten Katers“.

Sternsinger

Die Aktion Dreikönigssingen gilt als weltweit größte Solidaritätsaktion, bei der sich Kinder für Kinder in Not engagieren. In Mecklenburg-Vorpommern waren zu Jahresbeginn etwa tausend Mädchen und Jungen aus katholischen und evangelischen Kirchgemeinden als Sternsinger in ihren Städten und Dörfern unterwegs. „Tianay ny Haritanan' Atra! – Kinder sagen ja zur Schöpfung“ lautete das Motto in diesem Jahr. Im Mittelpunkt stand die Erhaltung der natürlichen Lebensräume. Die Tradition des Sternsinger-Empfangs im Landtag wurde vom ersten Parlamentspräsidenten Rainer Prachtl begründet und von seinen Nachfolgern Hinrich Kuessner und Sylvia Bretschneider fortgeführt.



Stolz schreiben die Kinder ihre Sammelergebnisse für die „Sammelwäscheleine“ auf.



Schaut her – ich bin eine Ministerin!



Wenn hier schon ein Telefon steht, dann probier ich auch aus, ob es geht!



Mit Musikbegleitung macht das gemeinsame Singen gleich noch mal so viel Spaß!



Die Schweriner Puppenspielerin Margrit Wischniewski in Aktion.

Landtag fordert besseren Schutz für Kinder

Parlamentarier für Pflichtuntersuchungen und Anspruch auf Kita-Platz

Angesichts mehrerer Fälle von Kindesmisshandlungen auch in Mecklenburg-Vorpommern hat sich der Landtag am 6. Dezember 2006 einhellig für einen besseren Schutz von Kindern ausgesprochen. Neben Fällen aus anderen Bundesländern erregte seit November der Prozess am Rostocker Landgericht gegen eine Mutter aus Teterow Aufmerksamkeit, die ihrer Tochter über Jahre ätzenden Kalkreiniger eingeflösst hatte.

In der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde stellte die Abgeordnete **Heike Polzin** (SPD) auch die Frage nach der Verantwortung aller: „Was ist so krank an dieser Gesellschaft, in der Kinder so leiden müssen? Wo haben wir versagt? Was ist zu tun?“ Dem Parlament müsse es gelingen, Schritte einzuleiten, die dem besseren Schutz der Kinder dienen. Sie sprach dabei unter anderem die Themen Pflichtvorsorgeuntersuchungen und Pflegefamilien an. „Laut Statistik wird in unserem Bundesland davon sehr zaghaft Gebrauch gemacht. Irgendwo heißt die Alternative immer noch, entweder das Elternhaus, und wenn es gar nicht mehr geht, das Kinderheim“, sagte sie. Sowohl Pflegeeltern als auch die leiblichen Eltern müssten bei der Erziehung der Kinder positiv begleitet werden, forderte sie.

„Wir haben im Land die gute Situation, dass etwa 97 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder einen Kindergarten besuchen“, sagte **Dr. Marianne Linke** (Linkspartei.PDS). Sie erwarte von der Landesregierung, dass sie sich beim Bund für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen von Kindern einsetzt. In ihrer Rede erinnerte die Parlamentarierin an das Landesprogramm zur Jugend- und Schulsozialarbeit, das die Linkspartei mit auf den Weg gebracht habe. „Auch das ist ein begleitendes Programm, um vorsorgend im Interesse einer

chancengleichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gerade in Konfliktsituationen helfend einzugreifen“, sagte die ehemalige Sozialministerin. Als Mitglied der oppositionellen Linkspartei stellte sie einen Zusammenhang zur ihrer Ansicht nach verschlechterten sozialen Lage eines Teils der Bevölkerung her. Sie sprach sich zudem für einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstätten-Platz ab dem zweiten Lebensjahr aus.

„Eines muss klar sein: Wenn Eltern versagen, hat der Staat die Verpflichtung, den Schutz der Kinder zu garantieren“, betonte **Harry Glawe** (CDU). Die Gesellschaft habe sich darum zu kümmern, dass Leid und Misshandlungen ein Ende haben. Dazu seien alle gesellschaftlichen Kräfte in Mecklenburg-Vorpommern aufgerufen. „Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, dass die Familieneinkommen in Mecklenburg-Vorpommern besser werden. Deswegen wollen wir auch die Kinderbetreuung ein Jahr vor dem Schuleintritt kostenfrei gestalten“, sagte der sozialpolitische Experte seiner Fraktion. Dazu sei im Koalitionsvertrag bereits eine Vereinbarung geschlossen worden. Doch entscheidend für die Entwicklung der Kinder bleibe weiterhin die Familie, die Solidarität, Beständigkeit, Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit brauche.



Heike Polzin (SPD)



Dr. Marianne Linke (Linkspartei.PDS)



Harry Glawe (CDU)

Ralf Grabow (FDP) forderte mehr staatliche Kontrolle und plädierte für zwei verpflichtende Vorsorge-Untersuchungen bei Kindern. „Ich glaube, nur mit Freiwilligkeit bei den Eltern ist es nicht getan“, sagte er. „Ich denke, dass wir eine, meiner Meinung nach sogar zwei Schuluntersuchungen machen sollten, eine mit drei Jahren, eine mit sechs Jahren.“ Vorschläge aus der Aktuellen Stunde sollten im Sozialausschuss diskutiert werden. Er sprach sich für pragmatische Lösungen für das Land aus. „Wir sollten uns darauf versteifen, die Sachen, die wir im Land selbst lösen können, selbst zu lösen. Wir hoffen alle, dass Berlin dazu noch Zusätzliches tun kann.“ Er forderte zudem Unterstützung für die Kommunen bei der Bereitstellung und Finanzierung von Kindergartenplätzen.

Sozialminister **Erwin Sellering** mahnte einen Mentalitätswechsel in der Bevölkerung an: Was hinter den Türen einer Wohnung passiert, gehe nicht nur die Eltern etwas an. Nicht wegsehen – das gelte für Nachbarn genauso wie für „Profis“ vom Jugendamt. Wenn die Erziehungskompetenz nicht ausreiche, wenn Kinder in Gefahr seien, dann müsse das Kindeswohl an erster Stelle stehen und der Staat eingreifen. Verantwortung trügen in erster Linie die Täter. „Das entlastet natürlich die Gesellschaft nicht, denn wenn man sich das im

Einzelnen anschaut, dann muss man immer sagen, Vernachlässigung und Misshandlung gedeihen aufgrund einer Überforderung der Eltern, wenn Eltern das Gefühl haben, sie kommen mit diesen Problemen nicht mehr klar. Deshalb müssen wir da Hilfe haben“, betonte er.

Tino Müller (NPD) sprach die „real existenten Rahmenbedingungen für unsere Kleinen“ an. Für ihn sei das Anlass zu größter Sorge. „Ich meine damit ganz besonders die unhaltbaren Zustände sowohl in den Kinderkrippen als auch in den weiten Bereichen der schulischen Einrichtungen. Immer mehr Kindertagesstätten in unserem Land werden geschlossen oder personell so ausgedünnt, womit eine wohnortnahe Förderung unserer Kinder fast unmöglich gemacht wird“, sagte er. Damit überhaupt noch Plätze für die „ohnehin schon immer weniger werdenden deutschen Kinder“ finanzierbar bleiben, würden die Eltern kräftig zur Kasse gebeten. Den „Altparteien“ warf er Versagen vor.

Marc Reinhardt (CDU) widersprach seinem Vorredner. Der habe „sehr viel gesagt, ohne etwas zu sagen“, betonte Reinhardt. „Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass in Mecklenburg-Vorpommern – und das gilt auch für alle anderen ostdeutschen Bundesländer – die

Dichte der Kindertageseinrichtungen deutschlandweit sehr hoch ist.“ Für ihn und seine Fraktion spiele beim Thema „beschützte Kindheit“ das Bildungssystem eine wichtige Rolle. Fragen der Partnerschaft und Erziehung, aber auch der Haushaltsführung und Ernährungslehre müssten berücksichtigt werden. „Wir wollen die Ganztagsbetreuungseinrichtungen“, sagte er. Am Nachmittag sollten außerunterrichtliche Aktivitäten verstärkt in Verbindung mit Vereinen, Verbänden, mit Kirchen ausgebaut werden.



Marc Reinhardt (CDU)



Ralf Grabow (FDP)



Sozialminister Erwin Sellering



Tino Müller (NPD)

Geschäfte sollen länger öffnen können

Mecklenburg-Vorpommern will Ladenöffnung freigeben

Wie mehrere andere Bundesländer auch will Mecklenburg-Vorpommern die Öffnungszeiten für Läden von Montag bis Samstag völlig freigeben. Entsprechende Gesetzentwürfe der rot-schwarzen Koalition sowie der FDP wurden am 6. Dezember im Landtag mehrheitlich zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Uneinigkeit besteht aber hinsichtlich der Öffnung an Sonn- und Feiertagen. Der Entwurf von SPD und CDU erlaubt pro Jahr nur acht verkaufsoffene Sonntage begleitend zu Messen, Märkten oder ähnlichen Veranstaltungen. An Adventssonntagen sollen die Geschäfte geschlossen bleiben. Die FDP will dagegen die Sonntagsregelung den Kommunen überlassen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roolf**, der den Gesetzentwurf für die Liberalen einbrachte, wies vor allem auf die Schaffung von Konsum-Möglichkeiten für die Urlauber hin. Die völlige Freigabe der Ladenöffnung sei auch eine saisonbegleitende Maßnahme für die Tourismuswirtschaft. Zudem könnten die Kommunen genauso gut über das Thema entscheiden wie der Landtag.

Günter Rühs (CDU) legte den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vor. Die Unternehmer sollten weitgehend selbst entscheiden, wann sie ihre Geschäfte öffnen, sagte er. Zu starke Reglementierungen seien wenig hilfreich. Allerdings sollte der Sonn- und Feiertagsschutz ernst genommen werden.

Das betonte auch Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel**. Er verteidigte die Freigabe an den sechs Werktagen mit dem Hinweis, dass die Möglichkeit des Einkaufens gerade für ein Urlaubsland wie Mecklenburg-Vorpommern ein Wachstumssegment schaffe. Die Regelung der FDP gehe aber zu weit. „Sonn- und Feiertage als ein Grundelement sozialen Zusammenlebens haben einen besonderen Zweck, der muss in ausreichendem Maße gewährleistet werden.“ Dies gelte in noch höherem Maße für Adventssonntage.

Für die SPD erklärte der Abgeordnete **Jochen Schulte**, notwendige Veränderungen müssten aufgenommen und in sinnvolle Bahnen

gelenkt werden. Er befürchte allerdings eine zunehmende Zersplitterung der Öffnungszeiten.

Die Linkspartei.PDS warnte vor Verschlechterungen für die Arbeitnehmer im Einzelhandel. Der Trend zu immer mehr Teilzeitjobs statt regulärer Arbeitsplätze in der Branche werde sich mit der Freigabe der Öffnungszeiten an Werktagen noch verschärfen, erklärte **Helmut Holter**, stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. Er berief sich bei seinem Plädoyer für ein weitgehendes Öffnungsverbot an Sonntagen auch auf das Ruhegebot der Bibel. Es gehe am Sonntag „auch darum, sich auf die Werte des Menschseins zu besinnen und nicht dem schnöden Mammon nachzujagen“. Zudem seien die Rechte der Arbeitnehmer im Handel zu schützen.

Die NPD-Fraktion sprach sich sowohl gegen den Entwurf der SPD/CDU als auch den der FDP aus. „Eine Freigabe der Öffnungszeiten führt zu weiterer Marktkonzentration und vernichtet kleine Geschäfte“, sagte Fraktionsvorsitzender **Udo Pastörs**. Außerdem müsse man sich intensiv mit den sozialen Auswirkungen für die Familie durch die Freigabe der Öffnungszeiten befassen.

Ladenöffnungszeiten in anderen Bundesländern

Die Zuständigkeit für die Ladenöffnungszeiten ist mit der Föderalismusreform vom Bund auf die Länder übergegangen. Seit dem Herbst haben bereits acht Bundesländer die Regelungen stark gelockert. In den meisten Ländern dürfen die Geschäfte nun montags bis samstags rund um die Uhr öffnen. Dies gilt in Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen. In Sachsen-Anhalt und Thüringen dürfen die Läden samstags ihre Waren nur bis 20.00 Uhr anbieten. In Rheinland-Pfalz ist die Ladenöffnung generell – also auch von Montag bis Freitag – nur bis 22.00 Uhr erlaubt.

An den Sonn- und Feiertagen müssen die Geschäfte in allen Ländern prinzipiell geschlossen bleiben – von Ausnahmen wie Bahnhofsläden, Tankstellen und Bäckereien abgesehen. Darüber hinaus erlauben alle bisherigen Regelungen eine unterschiedliche Zahl von Ausnahmen für verkaufsoffene Sonntage.

Nachtrag für Haushalt 2006 beschlossen

Landtag gibt damit Mittel für G8-Gipfel in Heiligendamm frei

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf einer Dringlichkeitssitzung am 7. Dezember über einen Nachtragshaushalt für 2006 entschieden. Damit hat das Parlament nach heftiger Debatte weitere 12,5 Millionen Euro für den Weltwirtschaftsgipfel G8 im Juni 2007 freigegeben. Diese Mittel werden kurzfristig für den Bau eines Sicherheitszaunes in Heiligendamm sowie für die Entschädigung der Grundstückseigentümer benötigt. Die rot-schwarze Koalition setzte den Nachtrag gegen den Widerstand der Opposition von Linkspartei, FDP und NPD durch. Auch der SPD-Abgeordnete Dr. Gerd Zielenkewitz stimmte dagegen.

Der Nachtrag war heftig umstritten, weil den Abgeordneten erst vor wenigen Wochen das wahre Ausmaß der Kosten von voraussichtlich 92 Millionen Euro bekannt geworden war. Das Land hatte bisher zehn Millionen Euro eingeplant. Der Bund will nur 24 Millionen Euro selbst tragen und dem Land ansonsten „im Rahmen seiner Möglichkeiten“ helfen, wie es – ohne Nennung von Summen – von Regierungsseite hieß.

„Mir ist bewusst, dass nicht alle Fragen beantwortet werden konnten, wie es sonst üblich ist“, sagte Finanzministerin **Sigrid Keler** in der Debatte. Sie warb dennoch um Vertrauen in die Handlungsweise der Landesregierung.

SPD-Fraktionschef **Volker Schlotmann** sagte, die SPD stimme mehrheitlich zu, „weil wir Vertrauen in das Wort der Landesregierung haben, dass das Land keinen Schaden davontragen wird“. Zudem setze die SPD „Grundvertrauen in die Bundesregierung“. Die CDU erklärte sich „bereit, Verantwortung für ein globales Ereignis zu übernehmen“, wie Fraktionschef **Dr. Armin Jäger** sagte. Er kenne aus seiner langjährigen Erfahrung keine Verwaltungsvereinbarung, in der sich der Bund zu solcherlei Zahlungen verpflichte. Das Land werde sich als würdiger Gastgeber erweisen.

Die Opposition kritisierte dagegen, dass die Abgeordneten entscheiden sollten, ohne die Gesamtfinanzierung des Gipfels zu kennen. Ihr Auskunftsbegehren im Finanzausschuss

war zuvor von Regierungsseite zurückgewiesen worden. Der Linkspartei.PDS-Abgeordnete **Peter Ritter** sprach von einer „Verhöhnung des Parlaments“.

Für die FDP sagte ihr Parlamentarischer Geschäftsführer **Gino Leonhard**: „Wie sollen wir als Abgeordnete die Regierung überwachen?“ Dem Nachtragshaushalt fehle es an der rechtlich gebotenen Klarheit und Wahrheit. Grundsätzlich begrüße die FDP den Gipfel aber.



Seit Anfang Januar errichtet eine Firma aus Bargeshagen den G8-Schutzzaun.

Die NPD-Fraktion stellte drei Änderungsanträge, die bei Zustimmung der NPD-Abgeordneten mit den Gegenstimmen der SPD, der CDU, der Linkspartei.PDS und der FDP abgelehnt wurden. Bei der von der NPD geforderten namentlichen Schlussabstimmung votierten 36 Parlamentarier für den Nachtrag und 23 dagegen. Es gabe keine Enthaltungen. Der NPD-Abgeordnete **Raimund Borrmann** nahm an der Abstimmung nicht teil. Zur Begründung sagte er, er habe „den Glauben an die Regierung und an dieses politische System verloren.“

Zusätzliches Geld für G8-Gipfel

Nichtöffentliche Anhörung im Finanzausschuss

„Die Ausrichtung des G8-Gipfels in Heiligendamm ist eine besondere Chance für Mecklenburg-Vorpommern.“ Dies sagte Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff bei einer nichtöffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Landtages. An der Anhörung, die der Ausschuss am 4. Dezember 2006 im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2006 durchgeführt hat, informierten neben dem Re-

gierungschef auch Finanzministerin Sigrid Keler, Innenminister Lorenz Caffier und der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Methling die Abgeordneten.

Nicht nur die eigentlichen Teilnehmer, sondern auch etwa drei- bis viertausend Journalisten könnten durch den G8-Gipfel einen besonderen Eindruck vom Land bekommen, betonte Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** in seiner Stellungnahme. Dies

stärke nicht nur den Tourismus und hier vor allem die Ausrichter von Tagungen, sondern werde auf die Wirtschaft insgesamt positive Auswirkungen haben. Der geldwerte Vorteil dieser Werbung liegt nach Meinung des Regierungschefs eindeutig im zweistelligen Millionenbereich. Die Kosten für alle Sicherheitsmaßnahmen bezifferte Ringstorff auf geschätzte 92 Mio. Euro. Dies sei die Grundlage für die Verhandlungen des Landes mit dem Bund über die Kostenaufteilung. Die hierzu erwartete Verwaltungsvereinbarung liege als unterschriftsreifer Entwurf vor.

Finanzministerin **Sigrid Keler** erläuterte die bereits erfolgten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die in Anspruch genommenen Deckungsfähigkeiten, die sich in dem vorgegebenen Rahmen von jeweils bis zu 1,5 Mio. Euro bewegt hätten. Deshalb habe es keiner Beteiligung des Kabinetts oder des Landtages bedurft. Die Information an den Landtag sei mit der Unterrichtung durch die Finanzministerin auf Drucksache 4/2412 erfolgt. Im Nachtragshaushalt 2007 seien weitere 12,7 Mio. Euro einzustellen, wie bereits im Zusammenhang mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt für 2006 angekündigt. Mit den Kommunen werde über den Ausgleich der Kosten nichtpolizeilicher Sicherheitsmaßnahmen beraten. Dies bekräftigte Innenminister **Lorenz Caffier** in seiner Stellungnahme. Zwischen allen Polizeibehörden bestehe Einvernehmen, dass die vorgesehene komplexe technische Sperre die angemessene Sicherung darstelle. Wer hier sparen wolle, müsse nicht zu verantwortende Sicherheitsdefizite in Kauf nehmen. Im Rahmen der konkreten Gipfeldurchführung könnten in begrenztem Umfang noch Mehr- oder Minderkosten entstehen, sofern durch eine geänderte Gefährdungslage etwa die

Einsatzdauer verkürzt werden könne oder verlängert werden müsse.

Neben den drei Ministern der Landesregierung nahmen bei der Anhörung der stellvertretende Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, **Georg Scholze**, sowie der Vorsitzende der Linkspartei.PDS-Fraktion, **Prof. Dr. Wolfgang Methling**, bis zum Regierungswechsel Ringstorffs Stellvertreter, Stellung zum umfangreichen Fragenkatalog des Ausschusses.

Bernd Schubert neuer Bürgerbeauftragter

CDU-Politiker mit großer Mehrheit gewählt

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 7. Dezember den CDU-Abgeordneten Bernd Schubert zum neuen Bürgerbeauftragten gewählt. Die NPD-Fraktion scheiterte mit ihrem Kandidaten Tino Müller, der nur sechs Ja-Stimmen erhielt. Schubert folgt auf die Linkspartei.PDS-Politikerin Heike Lorenz, deren Amtszeit nach sechs Jahren – unabhängig vom Regierungswechsel – beendet ist.



Der 51-jährige Bernd Schubert, für den 42 von 67 Abgeordneten stimmten, ist von Beruf Maschinenbauingenieur und lebt in Ducherow bei Anklam. Sowohl 2002 als auch 2006

gewann er bei den Wahlen zum Landtag das Direktmandat in seinem Wahlkreis Ostvorpommern I. Seit 1994 sammelte er Erfahrungen in der Kommunalpolitik, unter anderem als Bürgermeister seiner Gemeinde. Als Bürgerbeauftragter muss er sich nun sowohl aus der Kommunal- als auch aus der Landespolitik verabschieden. „Eine schwere Entscheidung“, sagte er nach der Wahl. „Aber dafür bin ich ja nun sozusagen Bürgermeister des Landes“. In der neuen Funktion sieht er sich als „Vermittler zwischen Bürger und Verwaltung“.

Am 4. Februar hat Bernd Schubert sein Landtagsmandat niedergelegt. Sein Listennachfolger für den Landtag ist Vincent Kokert aus Neustrelitz.

Parlament setzt Kommission zur Zukunft der Kommunen ein

Abgeordnete mehrheitlich für Enquete-Kommission

Der Landtag hat am 6. Dezember 2006 eine Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ ins Leben gerufen. Sie soll Vorschläge für die Zukunft der Kommunen im Land erarbeiten. Ihre Einsetzung wurde vom Plenum mit den Stimmen der rot-schwarzen Koalition und der Linkspartei.PDS mehrheitlich beschlossen.

Die Kommission soll die Situation der Kommunen angesichts des Bevölkerungsrückgangs, der sinkenden Finanzen und der geplanten Zusammenlegung von Kreisen analysieren und Perspektiven aufzeigen. Dabei sollen sowohl die städtischen Verflechtungsräume als auch die ländlichen Regionen betrachtet werden. Die Kommission soll auch prüfen, wie freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden gefördert werden können und ob Eingemeindungen möglich sind. Die Kommission wird sich aus Mitgliedern des Landtags und von den Fraktionen berufenen Experten zusammensetzen und soll bis zum 30. Juni 2008 einen Zwischenbericht mit dem Schwerpunkt der Stadt-Umland-Beziehungen vorlegen.

Zum Vorsitzenden des Gremiums wählte der Landtag den SPD-Abgeordneten **Heinz Müller**. Müller gehört dem Landtag seit 1998 an. Der stellvertretende Vorsitzende und kommunalpolitische Sprecher seiner Fraktion hatte bereits den Vorsitz der Enquete-Kommission der 3. Wahlperiode „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ und des Parlamentarischen Sonderausschusses der 4. Wahlperiode „Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform“ inne.

Zu Müllers Stellvertreterin wurde **Gabriele Mestan** (Linkspartei.PDS) gewählt. Die Diplomhistorikerin aus Hagenow gehört dem Landtag seit 1998 an und ist Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion sowie Sprecherin für Kommunalpolitik.

Die NPD-Fraktion hatte ihren Abgeordneten **Michael Andrejewski** sowohl für den

für die Funktion des Stellvertreters zur Wahl gestellt. Dieser erhielt mit jeweils sechs Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Enquete-Kommission gehören 21 Personen an, die von den Fraktionen des Landtages benannt werden. Nach dem Enquete-Kommissionsgesetz M-V müssen mindestens elf von ihnen Mitglieder des Landtages sein.

Hierzu benennt:

- die SPD-Fraktion sieben Mitglieder, darunter mindestens vier Mitglieder des Landtages
- die CDU-Fraktion sieben Mitglieder, darunter mindestens vier Mitglieder des Landtages
- die Linkspartei.PDS-Fraktion vier Mitglieder, darunter mindestens zwei Mitglieder des Landtages
- die FDP-Fraktion zwei Mitglieder, darunter mindestens ein Mitglied des Landtages
- die NPD-Fraktion ein Mitglied des Landtages.

Die Enquete-Kommission konstituierte sich am 26. Januar 2007. Die Zusammensetzung des Gremiums veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe der „LandtagsNachrichten“.

STICHWORT

Enquete-Kommission

Enquete-Kommissionen des Landtages haben die Aufgabe, zur Vorbereitung gesetzlicher Regelungen und anderer im Landtag zu treffender Entscheidungen umfassende und bedeutsame Sachverhalte in einem Lebensbereich durch Sammlung und Auswertung von Material, Einholung von Gutachten sowie Anhörung von Sachverständigen und anderer Sachkundigen zu klären sowie dem Landtag darüber Bericht zu erstatten (§ 1 Enquete-Kommissions-Gesetz M-V).

Bisher hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zwei Enquete-Kommissionen eingesetzt: 1995 zum Thema „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, 2000 zum Thema „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“.



Der Enquete-Kommission gehören neben zwölf Abgeordneten neun von den Fraktionen benannte Praktiker der kommunalen Ebene an.

Landtag ruft zu Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf

Sozialausschuss soll über bundesweites Programm beraten

Der Landtag hat zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufgerufen. Vor allem die Kommunen sollten die neuen Möglichkeiten des geplanten Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ umfangreich nutzen, fordert ein Antragsentwurf der Linkspartei.PDS, den Peter Ritter zu Beginn der Aussprache begründete. Das Parlament überwies den Antrag einstimmig zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss.

LandtagsNachrichten dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Peter Ritter, Linkspartei.PDS:

„Bundesprogramm und landespolitische Umsetzung zwingend notwendig“



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag sei überflüssig, ließ uns jedenfalls der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger über die Presse wissen.

*(Michael Andrejewski, NPD:
Sehr vernünftig.)*

Wissen Sie, allein Ihre Anwesenheit hier im Parlament macht diesen Antrag durchaus notwendig.

*(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Volker Schlotmann, SPD – Torsten Koplín, Linkspartei.PDS:
Jawohl. – Prof. Dr. Wolfgang Methling, Linkspartei.PDS: Sehr richtig. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde die Positionierung von Herrn Dr. Jäger schade, denn erstens waren wir schon weiter und zweitens stellt sich die Frage: Warum soll der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die

se neue Initiative der Bundesregierung nicht begrüßen und seine Unterstützung signalisieren? Warum soll der Landtag die Kommunen des Landes nicht aufrufen, in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Präventionsräten, den Projektträgern aus den bisherigen CIVITAS-Strukturen und anderen Projekten die Angebote des Bundes aktiv aufzunehmen? Warum soll die Landesregierung die Kommunen und die Projektträger nicht umfassend unterstützen? [...]

Das neue Bundesprogramm umfasst drei Säulen:

1. die Förderung lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung
2. die Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen
3. die Programmsteuerung durch eine Regiestelle, die Evaluation, die Forschung und die Öffentlichkeitsarbeit

[...] Die drei von mir beschriebenen Säulen

STICHWORT

CIVITAS

Zum 1.1.2007 startete das neue Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In dem präventiv ausgerichteten Programm geht es vor allem um die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Vermittlung von Werten wie Toleranz und Demokratie und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen. Förderschwerpunkte sind die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels Lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung und die Entwicklung und Umsetzung themenbezogener modellhafter Maßnahmen.

www.jugendstiftung-civitas.org

durchlaufen mehrere Phasen, ein Vorverfahren und ein Hauptverfahren [...] Diese Herangehensweise mit Vor- und Hauptverfahren, Hin- und Herschicken von Konzepten und deren Bewertung ist eher hinderlich als effektiv, und auch dabei brauchen die Kommunen unseres Landes Hilfe und Unterstützung [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weder das Bundesprogramm noch die landespolitische Umsetzung ist überflüssig, sie sind zwingend notwendig [...] Ich bitte daher um Ihre Zustimmung. – Danke schön.“

Minister Erwin Sellering:

„Demokratisches Verhalten und bürgerschaftliches Engagement fördern“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der engagierte Einsatz für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Ausgrenzung ist in unserem Land dringlicher als je zuvor, man braucht nur hier nach rechts außen zu schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Die politische Auseinandersetzung mit diesem demokratiefeindlichen Menschenbild muss vor allem auch hier im Landtag geführt werden. Ich freue mich sehr, dass darüber parteiübergreifend von der Linkspartei über SPD, CDU bis FDP Einigkeit herrscht.

(Beifall Werner Kuhn, CDU)

Sehr wichtig ist sicherlich auch, dass die neue Landesregierung dieses Anliegen zu einer ihrer wichtigsten politischen Aufgaben erklärt hat. Es ist der ausdrückliche Wille der Regierungsparteien, demokratisches Verhalten, bürgerschaftliches Engagement, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. [...]

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung auch dazu verpflichtet, finanziell mehr Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall Prof. Dr. Wolfgang Methling, Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Ein wichtiges Anliegen ist dabei, dass die Maßnahmen auf Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene gebündelt und koordiniert werden. Unser wichtigstes Ziel

muss sein – darüber kann nur Einigkeit herrschen –, dass die bisherige Arbeit, da, wo sie gut war, evaluiert, geprüft, fortgesetzt und möglichst mit zusätzlichen Arbeitsfeldern und Projekten erweitert wird. [...]

Was wird mit der Umsetzung des Bundesprogramms? [...] Die Resonanz ist sehr gut. Viele – Sie haben das auch angesprochen – Landkreise, Städte, Gemeinden, alle wollen mitmachen und sie möchten von uns als Sozialministerium Information und Beratung. Dem sind wir nachgekommen und kommen wir selbstverständlich sehr gerne nach. [...]

Ich meine, dass ein wichtiges Ziel unserer Beratung, unserer Hilfe sein muss, dass sich das, was sich auf lokaler Ebene tut, in eine Gesamtstrategie des Landes einfügt. Es gibt inzwischen aus den ersten Landkreisen und Städten Angebote, Anträge, sich mit lokalen Aktionsplänen an diesem Bundesprogramm zu beteiligen. Insgesamt geht es um zehn Regionen. Wir helfen dabei. [...] Diese Aktionen – das ist die Vorgabe und ich finde die vernünftig – müssen geeignet sein, folgende Ziele zu verwirklichen:

1. Entwicklung von Verständnis für gemeinsame demokratische Grundwerte, demokratische Vielfalt
2. Förderung der Achtung der Menschenwürde
3. Bekämpfung jeder Form von Extremismus

Dafür ist Geld zur Verfügung. Die einzelnen beteiligten Regionen können von der Bundesregierung in den nächsten drei Jahren jährlich 100.000 Euro bekommen. [...]

In einer ersten Phase, in einem Vorverfahren werden ab Januar 2007 erste lokale Aktionspläne, erste Modellprojekte gefördert. Dazu werden förderfähige Regionen, die lokale Pläne entwickeln, und Projektträger, die Modellprojekte entwickelt haben, von uns benannt. [...]

Dann muss es allerdings darum gehen, das in der zweiten Phase, der Hauptphase, optimal vorzubereiten. Dazu hat ein Gespräch unter der Federführung des Sozialministeriums stattgefunden, wo alle Beteiligten, alle Akteure des Landes zusammengekommen sind [...]. Ein Ergebnis dieses Treffens ist die gemeinsame Entwicklung eines Strategiekonzeptes, und zwar mit dem Ziel, [...] das Bundesprogramm umzusetzen. Wir müssen das Bundesprogramm und die Arbeit der CIVITAS-Projekte zusammenführen mit dem Aufbau von Regionalzentren und mit der Umsetzung unseres Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. [...]

Dann geht es auch um die Möglichkeiten, die wir nutzen können und die sich daraus ergeben, dass die Bundesförderung weitergeführt wird, wie das CIVITAS-Programm – da geht es um fünf Millionen Euro – und das CIVITAS-Folgeprogramm – da geht es um 35 Millionen Euro. Diese Dinge vom Bund müssen wir im Land ergänzen und wir müssen das möglichst über das hinaus unterstützen, was bisher im Kinder- und Jugendprogramm der Landesregierung festgelegt und unteretzt wird. [...]

Meine Damen und Herren! In einem ländlich geprägten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern müssen bürgerschaftliche Strategien gegen Rechts vor allem auf dem Land anknüpfen. Wir müssen die Menschen auf dem Land erreichen, gerade die Jugendlichen, wo wir sie antreffen, in den verschiedenen Vereinen, bei den Feuerwehren, wo auch immer.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da müssen wir versuchen, denjenigen entgegenzuwirken, die ihrerseits tätig werden. Ich hoffe, dass wir dabei viel Erfolg haben. Ich setze voraus, dass wir ihn haben werden, wenn wir zusammenhalten. – Vielen Dank.“

Volker Schlotmann, SPD:

„Rechtsextremismus schadet den Menschen und dem Land“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meines Beitrages zu dieser Debatte möchte ich auf die Vorgänge von heute Morgen eingehen, weil ich denke, sie sind Auswirkungen und passen inhaltlich zu dem, was wir mit dem Antrag zu diesem Bundesprogramm hier zu diskutieren haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen wieder einmal das wahre Gesicht der NPD gesehen. Die NPD hat Fotos von Abgeordneten gemacht.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD – Minister Dr. Till Backhaus: Jetzt fliegt er aber raus.)

Die NPD hat Fotos von Mitarbeitern der Fraktionen gemacht. Was Sie als Lüge bezeichnen, ich denke da an Ihre Idee der Holocaustlüge, wissen Sie, da sind Sie in einer Ecke, wo Sie hingehören.[...]

Und dann geht es weiter, dass sogar frei gewählte Abgeordnete dieses Hauses in persona bedroht werden,

*(Michael Andrejewski, NPD:
Das entspricht nicht der Wahrheit!)*

mit Gewalt bedroht werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Umgekehrt.)

[...] Meine Damen und Herren von der NPD, nehmen Sie sich in Acht vor den Demokraten!

*(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Ralf Grabow, FDP –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Das verspreche ich Ihnen: Wir werden Sie in dieser Legislatur hier vorführen und Sie wer-

den sich an jedem möglichen Punkt hier lächerlich machen. [...]

Gut ist es, dass wir das neue Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ der neuen Bundesregierung hier vorliegen haben. Ziel dieses Programms ist es, die Zivilgesellschaft zu stärken, Toleranz und Demokratie zu fördern und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen zu unterstützen. [...]

Zielgruppen sind dabei Jugendliche in strukturschwachen Regionen, aus Milieus mit Affinität zur Fremdenfeindlichkeit, Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagogen sowie weitere Multiplikatoren.

Im Rahmen dieses Programms [...] kommt den Kommunen und Landkreisen eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Aus meiner Sicht ist es besonders zu begrüßen, dass in dem Programmschwerpunkt „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ Kommunen und Landkreise zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen lokalen Aktionsplan entwickeln sollen, und zwar anhand einer spezifischen Analyse der Problemlagen vor Ort. Auf dieser Grundlage wird mit konkreten Maßnahmen und Schritten eine langfristige Strategie verfolgt und lokale Vernetzung gefördert. Das bedeutet gleichzeitig in sehr starkem Maße die Verpflichtung für das Land, der kommunalen Ebene dabei zur Seite zu stehen. Wir dürfen die Bürgermeister und Landräte hier nicht alleine lassen.

*(Prof. Dr. Wolfgang Methling,
Linkspartei.PDS: Richtig.)*

Sehen wir uns nur aktuelle Beispiele wie Jamel oder Anklam an. [...]

Allein das Signal – das ist einmal ein Wunsch von dieser Stelle aus geäußert, vielleicht etwas Ungewöhnliches –, dass sich ein Minister der Landesregierung, zum Beispiel in Jamel öffentlich erkennbar mit dem Bürgermeister trifft und damit dokumentiert, sieht her, wir lassen euch nicht alleine mit diesem Problem, wäre [...] schon einmal wirklich gut.

(Beifall Heike Polzin, SPD, und Prof. Dr. Wolfgang Methling, Linkspartei.PDS)

(...) Rechtsextremismus in jeder Erscheinungsform und Ausprägung ist in seiner menschenverachtenden Ideologie und Verhaltensweise unerträglich. Rechtsextremismus schadet den Menschen und dem Land ganz konkret. Wenn es eine Quintessenz hinsichtlich der Wirksamkeit vom Programm gegen Rechtsextremismus gibt, dann ist es aus meiner Sicht die, dass es auf Kontinuität ankommt für die geistige Ebene, auf der diese Auseinandersetzung stattfindet, wo viele vor Ort, nicht Politiker, sondern Menschen, sich in Initiativen, in Einrichtungen und Organisationen engagieren, um gegen diese geistige Umweltverschmutzung unserer Republik zu agieren. Um einmal aktuelle Beispiele zu nennen (...) ein Blick auf die Homepage der NPD gestern Abend,

(Raimund Borrmann, NPD: Oh!)

um diesen Geist noch einmal zu verdeutlichen. Der Bundesvorsitzende der NPD schreibt einen Kommentar in einem Organ, wo er von der Reichshauptstadt Berlin schreibt,

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

öffentlich, deutlich. Ich glaube, die Verfassung dieser Bundesrepublik, auf der Sie anscheinend nicht stehen,

*(Michael Andrejewski, NPD:
Die könnte man ändern.)*

hat eine ganz klare Bezeichnung für die Bundeshauptstadt Berlin

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und nicht für die Reichshauptstadt. [...]

Meine Damen und Herren, noch deutlicher kann man seine Geisteshaltung nicht dokumentieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielleicht zum Schluss noch eine persönliche **11**

Anmerkung. Ich glaube, gestern ging es um diese Frage Anne-Frank-Ausstellung, die wir als Demokraten alle begrüßen und fördern werden. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, ob wir sie nicht sogar in den Landtag bekommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei, PDS und FDP)

Da sprach ein Redner der NPD, ich glaube, Herr Lüssow war es. Herr Lüssow, Sie tun mir wirklich leid.

(Zuruf von Birger Lüssow, NPD)

Marc Reinhardt, CDU:

„Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Stück weit möchte ich meinem Fraktionsvorsitzenden natürlich recht geben, in gewissem Sinne reden wir zum Teil – Herr Ritter ist leider noch nicht da, ich hoffe, er taucht noch auf – über vergossene Milch. Aus unserer Sicht muss die Landesregierung hier nicht zum Handeln aufgefordert werden. Sie handelt bereits zusammen mit der Bundesregierung. Es ist vieles auf den Weg gebracht. Es wurden und werden Voraussetzungen für die Umsetzung im Land geschaffen. Wir haben das schon gehört, auch in den Ausführungen des Sozialministers. [...]

Lassen Sie mich trotzdem ein paar Ausführungen zu dem Aktionsprogramm machen. Mit dem bisherigen Aktionsprogramm fördert und unterstützt die Bundesregierung seit 2001 demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit, insbesondere Jugendlicher. Seit Programmbeginn im Jahr 2001 wurden über 4.000 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit über 163 Millionen Euro gefördert. Bis zum Jahr 2006, also bis Ende dieses Jahres, werden nach

[...] Herr Lüssow sagte hier in einer Stelle, als er sich provoziert fühlte, sinngemäß [...] wir seien die ewig Gestrigen, weil wir die Nazizeit und damit die NPD [...] in Verbindung bringen, das kann ja wohl nicht sein, man müsse doch jetzt nach vorne gucken und die NPD tut das und Herr Lüssow tut das. Wissen Sie, und dann gucke ich auf diese NPD-Seite heute Nacht und da hätte ich fast einen Lachanfall bekommen, wenn es nicht so traurig wäre. Da steht als ein ganz wichtiger Punkt der NPD: „Ein Volk ohne Vergangenheit hat keine Zukunft.“ Bekennen

Sie sich zu Ihrer Vergangenheit, dass das die Wurzeln Ihrer Gedankenwelt sind, dann sind Sie ehrlich und dann haben Sie auch das Recht, hier Anträge zu stellen und nicht die Bevölkerung zu verscheißern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Birger Lüssow, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dafür nehme ich einen Ordnungsruf in Kauf. – Herzlichen Dank.“

wachsenen, vor allem Älteren, entsprechende Orientierungen ausgeprägt sind.

Ziel des Programms war es bisher, Verständnis für die gemeinsamen Grundrechte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus – und hier ist es egal, ob von rechts, von links, religiös oder welcher Natur auch immer – zu bekämpfen. [...]

Das neue Programm knüpft quasi an das alte Programm an. Bei der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere Aufgabe des Bundes in der Darstellung gelingender Praxis, in der befristeten Förderung besonders innovativer Projekte und darin, die gesellschaftliche Anerkennung des bürgerlichen Engagements zu unterstreichen.

In dem neuen Programm des Bundes, das vorrangig im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt sein soll, der Bewusstseinsbildung dienen soll und auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet ist, soll daher in Anknüpfung an das bisherige Umsetzungsverfahren mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gewirkt werden. Dabei – wir haben es heute schon gehört – sollen lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert werden, herausgehoben, modellhafte Maßnahmen unterstützt sowie auf Bundesebene zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Vielfalt und Toleranz geschaffen werden. Mit der Akzentuierung und Verknüpfung der Begriffe „Vielfalt“, „Respekt“, „Demokratie“ und „Toleranz“ mit der Hauptzielgruppe junger Menschen sind Stichworte eines neuen und auf Dauer angelegten Programms umrissen. Eine enge Abstimmung des neuen Programms mit Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Förderung von Toleranz im Arbeitsmarktbereich sowie mit dem Programm der Länder zur Stärkung von Toleranz und Demokratie ist beabsichtigt.

[...] Die unzureichende Ausbildungs- und Qualifizierungssituation sowie die Reduzierung von Angeboten der kommunalen Jugend- und Sozialarbeit führen gerade in strukturschwachen Regionen dazu, dass es Jugendlichen an Möglichkeiten der sozialen Integration mangelt. Extremisten und ihren Vorfeldorganisationen gelingt es zunehmend, Jugendliche auf dieser Ebene anzusprechen. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer verstärkten Förderung demokratischer Strukturen und Angebote, die geeignet sind, Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung zu vermitteln. Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt ist die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft. Eine lebendige und demokratische Bürgergesellschaft wird in erster Linie nur durch die aktive Be-

teiligung [...] geschaffen. Gerade in strukturschwachen Regionen ist zu beobachten, dass gesellschaftliche Gestaltungs- und Beteiligungsspielräume zunehmend von extremen Organisationen und Parteien besetzt werden. Besonders in den neuen Bundesländern fehlt es hier vielerorts an demokratischer, zivilgesellschaftlicher Infrastruktur, die in der Lage ist, situations- und bedarfsorientierte Formen von Beteiligungskultur zu erproben. Es bedarf daher wirksamer Modelle und Methoden, die besonders auch jene [...] in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einbinden, die über bisherige Teilnehmungsangebote nicht erreicht wurden.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen. Wir haben uns, wie auch unser Fraktions-

vorsitzender ausgeführt hat, dazu entschlossen, dass wir eigentlich der Auffassung sind, da hier Landesregierung und Bundesregierung seit Langem handeln, dass es einer weiteren Diskussion hier im Plenum nicht bedarf. Ich persönlich bin auch nicht der Überzeugung, dass jetzt das weitere Reden sehr viel bringt. Sie haben es auch alle betont. Vor Ort in den Landkreisen, in den Kommunen sind wir als Abgeordnete jetzt gefordert zu handeln, den Verwaltungen zu helfen, dieses neue Bundesprogramm umzusetzen und selbst mit Leben zu erfüllen. Ich möchte aber trotzdem im Namen der Koalitionsfraktionen die Überweisung in den Sozialausschuss beantragen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Ralf Grabow, FDP:

„Kommunen nicht allein lassen“



„Frau Präsidentin! Die FDP-Fraktion findet das natürlich super, sage ich jetzt mal, dass dieses Programm auch weiter aufgelegt wird. Wir würden aber auch empfehlen, es in den Sozialausschuss federführend zu überweisen, denn mir geht es an dieser Stelle darum, dass wir die Kommunen nicht allein lassen. Wenn ich an meine Hansestadt denke, wäre im Augenblick eine Kofinanzierung zum Beispiel der zweiten Phase fast gar nicht möglich. Insofern sollten wir in den Ausschüssen gucken, inwieweit man dabei helfen kann, auch bei den Kommunen, wo es eng wird, sodass wir jede Initiative mit unterstützen können. Insofern Sozialausschuss federführend, ansonsten Finanzen und Bildung. – Danke.“

Dr. Marianne Linke, Linkspartei.PDS:

„Eine demokratische Gesellschaft ist ein hohes Gut“



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! [...]“

Seit mehreren Jahren beobachten wir in zahlreichen Regionen Ost- und Westdeutschlands eine zunehmende Verfestigung rechts-extremistischer Strukturen. Ich bin sehr froh, dass sich der Landtag mit diesem Problem in den vergangenen Jahren immer wieder beschäftigt hat, dass er diese Probleme erörtert und im Ergebnis dieser Diskussionen das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ im April dieses Jahres beschlossen hat.

Das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl mit einem hohen Anteil von Nichtwählern und dem erstmaligen Einzug der NPD in dieses Parlament zeigt die hohe Aktualität dieses parteiübergreifend beschlossenen Landesprogramms und dieses Themas. Das genannte Wahlverhalten der Bürgerinnen und

Bürger unseres Landes hat gewiss sehr unterschiedliche Gründe. Es muss uns als Landespolitiker aber alarmieren, wenn sich Kräfte in unserer Gesellschaft auf ein Geschichts- und Menschenbild berufen, das zu Krieg und Zerstörung geführt hat, das die Länder Europas, aber auch Deutschland in Schutt und Asche gelegt hat.

Sebastian Haffner wurde Ende der sechziger Jahre – Sie erinnern sich, es war die Zeit der Studentenunruhen in Westdeutschland – gefragt, ob er in Westdeutschland eine Gefahr für einen Rückfall in die Barbarei der Nazizeit sehe. Er verneinte damals mit dem Hinweis darauf, dass jetzt, also 1968, anders als in der Weimarer Republik, die Eliten Deutschlands die Demokratie verinnerlicht hätten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

[...] Dieser Gedanke, meine Damen und Herren, liegt unserem Antrag, der Ihnen vorliegt, zugrunde. Eine demokratische Gesellschaft ist gerade für uns in Deutschland ein hohes Gut. Eine demokratische Gesellschaft ist aber

nichts einmal und endgültig Geschaffenes [...] Demokratie und Toleranz müssen mit jeder Generation immer wieder neu erlernt, neu erlebt, neu gelebt, neu verinnerlicht werden. Demokratie und Toleranz sind deshalb beständig Teil unserer Werteerziehung in der Gesellschaft, und dafür tragen wir mit als Parlament, dafür trägt der Staat insgesamt Verantwortung, und dafür trägt natürlich auch der Einzelne Verantwortung [...]

In diesem Sinne haben sich insbesondere die CIVITAS-Programme, die über dieses Programm vernetzten Projekte in den vergangenen Jahren bewährt. Wir wollen, hieran anknüpfend, eine Diskussion führen und dieses Programm mit Leben erfüllen. Das ist der Anlass, das ist der Grund für unseren Antrag. Wir wollen, dass dieses Bundesprogramm gemeinsam mit dem Landesprogramm, das der Landtag zu Beginn dieses Jahres beschlossen hat, umgesetzt wird, vor Ort mit Leben erfüllt wird.

(Beifall Barbara Borchardt, Linkspartei.PDS)

Und wir sehen auch eine Möglichkeit, dass bestimmte Webfehler, die in dem neuen Bundesprogramm sind, behoben werden [...] dass zum Beispiel allein Kommunen als Zuwendungsempfänger gelten werden, oder es wurden die fehlenden verbindlichen Qualitätsstandards für lokale Aktionspläne kritisiert oder auch die alleinige Zentrierung auf Jugendliche [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ritter hat auf Abstimmung des Antrages plädiert. Die Linkspartei.PDS nimmt den Änderungsvorschlag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion auf und ist selbstverständlich mit der Überweisung in den Sozialausschuss einverstanden [...] Wir möchten gleichzeitig darum bitten, dass die Landesregierung zwischenzeitlich zur Umsetzung des Bundesprogramms im Lande die erforderlichen Schritte einleitet, um es nicht zu Verfristungen kommen zu lassen, die einfach mit diesem Bundesprogramm vorgesehen sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Udo Pastörs, NPD:

„Für so einen primitiven Mist wollen Sie weiter Steuergelder umlenken“



„[...] Ideen sind gefragt im Handaufhalten gegen Rechts [...] Wie wär's mit folgender Geschäftsidee? Sie von den sogenannten demokratischen Parteien gründen den Verein „Fraktion der induzierten Irren gegen Rechts e.V. [...] An der Spitze ein gestandener Antifaschist, der Herr Holter von der Linkspartei-PDS, er trägt seine [...] Bibel. Daraus liest von der SPD der [...] Pastor, Herr Gottfried Timm [...] vor, währenddessen die Genossin Bretschneider

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

jene [...] gegen die NPD eingesetzten Postkarten verteilt, auf denen ein halbnackter Mann zu sehen ist, dessen Geschlechtsteil [...] sich nach rechts orientiert. Meine Damen und Herren, das ist Ihr Niveau, und für so einen primitiven Mist wollen Sie weiter Steuergelder umlenken

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –

Regine Lück, Linkspartei.PDS:

Dann prüfen Sie mal Ihr eigenes!)

in die Taschen jener linken Abzocker, welche unter dem Deckmantel „Kampf gegen Rechts“ blendende Geschäfte machen [...] Die deutsche Ju-

gend will mit Ihnen nichts mehr zu tun haben [...] Linke.PDS, [...] Sie sind ein spießiger Rentnerverein. SPD, wo sind Ihre jungen Leute? Nicht vorhanden [...]

CDU: wo ist Ihre Jugend? Die Kirchen sind leer und die Büros der Jungen Union auch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:

Wir haben die Jüngsten, nicht Sie. –

Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

[...] Dem FDP-Versprechen [...] geht von den jungen Leuten auch keiner mehr auf den Leim

(Beifall Tino Müller, NPD –

Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,

und Gabriele Mestán, Linkspartei.PDS)

[...] Aber Ihnen allen ist eines gemein, frei nach Bertolt Brecht:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU,

und Prof. Dr. Wolfgang Methling,

Linkspartei.PDS: Oh!)

„Erst kommt der Mammon, niemals Moral.“ Und dies wissen die jungen Leute

(Volker Schlotmann, SPD:

Das Parteiprogramm der NPD, was? –

Zuruf von Heike Polzin, SPD)

[...] Weiter so, meine Damen und Herren! Sie unterdrücken, wir geben Raum! [...] Zukunft hat nur, wer kämpft [...].“

(Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung des Landtages am 7. Dezember 2006)

Startschuss für Facharbeit

Ausschüsse des Landtages konstituiert

Nach Artikel 33 der Landesverfassung setzt der Landtag zur Vorbereitung seiner Verhandlungen Ausschüsse ein. Diese werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. Sie können sich auch unabhängig von Aufträgen mit Angelegenheiten aus ihrem Aufgabengebiet befassen und hierzu dem Landtag Empfehlungen geben. Der Petitionsausschuss ist nach Artikel 35 der Landesverfassung für Vorschläge, Bitten und Beschwerden der Bürger zuständig.

Nachdem der Landtag am 21. November 2006 beschlossen hatte, neun Fachausschüsse zu bilden, steht nun die Zusammensetzung dieser Gremien fest. Jedem Fachausschuss gehören zehn Abgeordnete an – SPD und CDU sind mit je drei Abgeordneten vertreten, die Linkspartei.PDS schickt zwei Vertreter in jeden Ausschuss, FDP und NPD haben Anspruch auf je einen Ausschusssplatz.

Petitionsausschuss

Vorsitzende: Barbara Borchardt, Linkspartei.PDS

Stellv. Vorsitzende: Angelika Peters, SPD

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Norbert Baunach Dr. Klaus-Michael Körner Angelika Peters	Heike Polzin Thomas Schwarz
CDU	Kerstin Fiedler-Wilhelm Udo Timm Jörg Vierkant	Marc Reinhardt
Linkspartei.PDS	Barbara Borchert Irene Müller	Torsten Koplín Peter Ritter
FDP	Ralf Grabow	Hans Kreher
NPD	Tino Müller	Michael Andrejewski



Der Petitionsausschuss behandelt Vorschläge, Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. v. r. Kerstin Fiedler-Wilhelm (CDU), Angelika Peters, Norbert Baunach (beide SPD), Jörg Vierkant (CDU), Irene Müller (Linkspartei.PDS), Udo Timm (CDU), Ralf Grabow (FDP, sitzend), Ausschussvorsitzende Barbara Borchardt (Linkspartei.PDS), Dr. Klaus-Michael Körner (SPD), Tino Müller (NPD).

Finanzausschuss

Vorsitzende: Angelika Gramkow, Linkspartei.PDS

Stellv. Vorsitzender: Mathias Löttge, CDU

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Rudolf Borchert Heike Polzin Thomas Schwarz	Mathias Brodkorb Angelika Peters Jochen Schulte
CDU	Burkhard Lenz Egbert Liskow Mathias Löttge	Harry Glawe Beate Schlupp Dr. Henning von Storch Wolfgang Waldmüller
Linkspartei.PDS	Angelika Gramkow Birgit Schwebs	Helmut Holter Torsten Koplín
FDP	Toralf Schnur	Ralf Grabow
NPD	Stefan Köster	Udo Pastörs

Innenausschuss

Vorsitzender: Dr. Norbert Nieszery, SPD

Stellv. Vorsitzender: Wolf-Dieter Ringguth, CDU

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Dr. Norbert Nieszery Heinz Müller Martina Tegtmeier	Norbert Baunach Dr. Klaus-Michael Körner
CDU	Matthias Lietz Wolf-Dieter Ringguth Bernd Schubert	Kerstin Fiedler-Wilhelm Egbert Liskow Mathias Löttge Marc Reinhardt Günter RühS Wolfgang Waldmüller
Linkspartei.PDS	Gabriele Mestan Peter Ritter	Andreas Bluhm Angelika Gramkow
FDP	Gino Leonhard	Sebastian Ratjen
NPD	Michael Andrejewski	Stefan Köster

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Vorsitzender: Jochen Schulte, SPD
Stellv. Vorsitzender: Wolfgang Walmüller, CDU

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Ute Schildt Jochen Schulte Dr. Gerd Zielenkiewitz	Detlef Müller Thomas Schwarz
CDU	Mathias Löttge Günter Rühs Wolfgang Waldmüller	Werner Kuhn Matthias Lietz Egbert Liskow Ilka Lochner-Borst Wolf-Dieter Ringguth Peter Stein Dr. Henning von Storch Jörg Vierkant
Linkspartei.PDS	Helmut Holter Regine Lück	Angelika Gramkow Prof. Dr. Fritz Tack
FDP	Michael Roolf	Sigrun Reese
NPD	Udo Pastörs	Stefan Köster

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Vorsitzender: Egbert Liskow, CDU
Stellv. Vorsitzender: Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Norbert Baunach Jochen Schulte Dr. Gerd Zielenkiewitz	Heinz Müller Martina Tegtmeier
CDU	Egbert Liskow Peter Stein Udo Timm	Kerstin Fiedler-Wilhelm Werner Kuhn Matthias Lietz Günter Rühs Jörg Vierkant Wolfgang Waldmüller
Linkspartei.PDS	Dr. Marianne Linke Regine Lück	Birgit Schwebs Prof. Dr. Fritz Tack
FDP	Sigrun Reese	Michael Roolf
NPD	Birger Lüssow	Tino Müller

Agrarausschuss

Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Vorsitzender: Matthias Lietz, CDU
Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Tack, Linkspartei.PDS

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Angelika Peters Ute Schildt Dr. Gottfried Timm	Rudolf Borchert Jörg Heydorn Detlef Müller Thomas Schwarz
CDU	Matthias Lietz Beate Schlupp Dr. Henning von Storch	Renate Holznagel Burkhard Lenz Ilka Lochner-Borst Marc Reinhardt Peter Stein Udo Timm Wolfgang Waldmüller
Linkspartei.PDS	Birgit Schwebs Prof. Dr. Fritz Tack	Dr. Marianne Linke Peter Ritter
FDP	Sigrun Reese	Michael Roolf
NPD	Raimund Borrmann	Birger Lüssow

Sozialausschuss

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Vorsitzender: Ralf Grabow, FDP
Stellv. Vorsitzende: Martina Tegtmeier, SPD

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Jörg Heydorn Dr. Norbert Nieszery Martina Tegtmeier	Mathias Brodkorb Ute Schildt
CDU	Werner Kuhn Günter Rühs Beate Schlupp	Harry Glawe Renate Holznagel Burkhard Lenz Mathias Löttge Wolf-Dieter Ringguth
Linkspartei.PDS	Dr. Marianne Linke Irene Müller	Torsten Koplin Regine Lück
FDP	Ralf Grabow	Sebastian Ratjen
NPD	Stefan Köster	Raimund Borrmann

Bildungsausschuss

Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Vorsitzende: Ilka Lochner-Borst, CDU
Stellv. Vorsitzender: Torsten Koplin, Linkspartei.PDS

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Mathias Brodkorb Jörg Heydorn Heike Polzin	Dr. Klaus-Michael Körner Dr. Norbert Nieszery Dr. Gottfried Timm
CDU	Ilka Lochner-Borst Marc Reinhardt Jörg Vierkant	Mathias Löttge Günter Rühls Peter Stein
Linkspartei.PDS	Andreas Bluhm Torsten Koplin	Dr. Marianne Linke Prof. Dr. Wolfgang Methling
FDP	Hans Kreher	Toralf Schnur
NPD	Birger Lüssow	Tino Müller

Europa- und Rechtsausschuss

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Justiz, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten

Vorsitzender: Detlef Müller, SPD
Stellv. Vorsitzender: Sebastian Ratjen, FDP

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Detlef Müller Heinz Müller Dr. Norbert Nieszery	Rudolf Borchert Reinhard Dankert
CDU	Werner Kuhn Ilka Lochner-Borst Dr. Henning von Storch	Kerstin Fiedler-Wilhelm Wolf-Dieter Ringguth Günter Rühls Beate Schlupp Udo Timm
Linkspartei.PDS	Barbara Borchardt Peter Ritter	Gabriele Mestan Birgit Schweps
FDP	Sebastian Ratjen	Gino Leonhard
NPD	Michael Andrejewski	Raimund Borrmann

Europafähigkeit von Mecklenburg-Vorpommern verbessern

15 Jahre Informationsbüro des Landes in Brüssel

Ausdrücklich hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit der Einsetzung eines Europa- und Rechtsausschusses der zunehmenden Wichtigkeit der Europäischen Union für das Land Rechnung getragen.

Vor Ort in Brüssel ist unser Land bereits seit Oktober 1991 präsent. Das Informationsbüro vertritt die Interessen des Landes gegenüber der Europäischen Union und ist Ansprechpartner für alle an der EU interessierten Akteure des Landes.

Mit dem Umzug in neue Räume konnten Ende 2006 die Arbeitsbedingungen für das Büro unter der Leitung von Dr. Reinhard Boest deutlich verbessert werden. Davon konnte sich am 10. Januar 2007 – gleich zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – im Rahmen der offiziellen Wiedereröffnung eine Delegation des Landtages vor Ort überzeugen. Der zweite Vizepräsident **Andreas Bluhm** (Linkspartei.PDS), die Vorsitzende des Bildungsausschusses **Ilka**

Lochner-Borst (CDU), der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses **Detlef Müller** (SPD) und **Werner Kuhn** (CDU) nutzten die Gelegenheit für Kontaktpflege und informelle Gespräche. Denn je ausgeprägter die Netzwerke des Landes in Brüssel

sind, desto nachhaltiger und früher kann versucht werden, europäische Entscheidungen für das Land zu beeinflussen. Die Abgeordneten verdeutlichten mit ihrem Besuch, dass die Europafähigkeit des Landes ein echtes Anliegen auch für den Landtag darstellt.

v.l. Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses; Dr. Reinhard Boest, Leiter des MV-Informationsbüros in Brüssel; Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff; Andreas Bluhm, Vizepräsident des Landtages; Ilka Lochner-Borst und Werner Kuhn.



Schaufenster für M-V

Landtag warb für Schloss-Jubiläum

Als am 22. Januar die Internationale Grüne Woche in Berlin ihre Tore für diesen Tag schloss, war in der Länderhalle von Mecklenburg-Vorpommern noch lange nicht Feierabend. Vor der prächtigen Kulisse des Schweriner Schlosses, das in diesem Jahr erstmals die Hauptbühne zierte, wurde geräumt und umgebaut. Pünktlich um 20.00 Uhr konnte Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel über 300 Gäste des Landtages zu einem informativen und unterhaltsamen Länderabend begrüßen.

Bereits zum dritten Mal warb der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit einer eigenen Veranstaltung auf der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin für das nordöstlichste deutsche Bundesland. Das Parlament bot damit auf der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, Lebensmittel und Tourismus erneut eine Plattform, um Akteure dieser Branchen mit bekannten und neuen Kunden zusammen zu bringen. Unter dem Motto „Von der Residenz des Großherzogs zum schönsten Parlamentsitz Deutschlands“ warb der Landtag zugleich für das diesjährige Festwochenende rund um das Schweriner Schloss zu Pfingsten.

„Wegen des großen Erfolgs der bisherigen Veranstaltungen des Landtages auf der ‚Grünen Woche‘ rührt das Parlament auch 2007 die Werbetrommel für Produkte aus und Ferien in Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Landtags-Vizepräsidentin **Renate Holznagel** bei der Begrüßung der Gäste aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden aus zahlreichen Regionen Deutschlands sowie dem Ausland. Die Länderhalle auf der Grünen Woche sei ein „wichtiges Schaufenster für Mecklenburg-Vorpommern“, betonte sie.

Bei dem Empfang des Landtages begeisterte das Landespolizei-Orchester mit spritzigen Melodien und originellen Arrangements, Künstler des Mecklenburgischen Staatstheaters gaben einen musikalischen Vorschmack auf die Jubiläumsfeierlichkeiten, und Vertreter des Schweriner Schlossvereins in historischen Kostümen spannten den inhaltlichen Bogen in die Zeit des Schlossneubaus Mitte des 19. Jahrhunderts. Natürlich kamen auch die früheren Landtagspräsidenten Rainer Prachtl und Hinrich Kuessner sowie die amtierende Vizepräsidentin Renate Holznagel zu Wort. Sie unterhielten die

Gäste mit Anekdoten aus der Zeit nach Einzug des Landtages in das Inselschloss. Als kulinarische Anregung des Abends diente die Speisekarte anlässlich des Geburtstages der Großherzogin vom 26. Mai 1857. Damals war gleichzeitig der Wiedereinzug in das renovierte Schweriner Schloss begangen worden.

Bereits am Nachmittag hatte sich Vizepräsidentin Renate Holznagel bei einem Rundgang von der Vielfalt und Originalität der präsentierten Produkte der über 70 beteiligten

Firmen aus Mecklenburg-Vorpommern überzeugt und den Ausstellern für ihr Engagement gedankt. Ihr Resümee: „Mit der klugen Entscheidung, die Aussteller aus unserem Land in einer eigenen Halle zu bündeln, ist die ‚Grüne Woche‘ um eine wesentliche Attraktion reicher geworden. Die Erfahrung zeigt, dass der weitest- aus größte Teil der Messebesucher den Weg hierher findet. Daher ist

es folgerichtig, dass sich neben den Unternehmen der Ernährungswirtschaft auch die Tourismusverbände und die Landkreise hier präsentieren. Die Besucher sollen Appetit bekommen – auf Spezialitäten und Leckereien aus Mecklenburg-Vorpommern, aber auch auf die Schönheit unserer Heimat. Wenn wir sie mit unserer Veranstaltung zusätzlich neugierig gemacht haben auf das 150-jährige Schlossjubiläum im Sommer – umso besser!“



Renate Holznagel (2.v.l.) am Stand der Fischräucherei Schadwinkel aus Wismar. (Gisela Schadwinkel, r., und deren Geschäftspartner Igor Aganov und Liudmila Vakulenko aus Sotschi.)

Barrieren sind überwindbar

9. Landeskunstwettbewerb voller Erfolg

Die Sichtung der eingereichten Beiträge zum 9. Landeskunstwettbewerbs für Menschen mit Behinderung und chronisch kranke Menschen war eine schöne, aber auch aufwändige Arbeit für die Jury. Sage und schreibe 650 Arbeiten waren zu begutachten!

Bei einer festlichen Abschlussveranstaltung Ende November in Güstrow wurden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer Urkunde belohnt und konnten sich außerdem über einen Kalender freuen, für den die Jury einige der gelungensten Arbeiten ausgewählt hatte.



Die Jury hatte 650 Wettbewerbsbeiträge zu begutachten. v. l. Bürgerbeauftragte Heike Lorenz; Uli Lüben, KunstWERK e. V. Schwerin; Christiane Wilck und Margitta Bieber, Büro BB; Johannes Lack, AOK Schwerin.

Zu dem Wettbewerb, der diesmal unter dem Motto „Tiere meiner Heimat“ stand, hatte die damalige Bürgerbeauftragte Mecklenburg-Vorpommerns, Heike Lorenz, gemeinsam mit der AOK Schwerin aufgerufen. „Wir wollen deutlich machen, dass behinderte Menschen ein Teil unserer Gesellschaft sind und dass Barrieren, ob in den Köpfen oder im realen Leben, überwindbar sind“, nannte sie als Ziel der Aktion.

Glücklich, in die Schule zu gehen

7-jährige Rose aus Ghana bedankt sich beim Landtag für Spende

I am 7 years old girl in Experimental Primary school at Gbol-Torkoni in Hohoe District. I am now in Primary school class two (2), I am writing to thank you very much for your love and care you show me by paying my school fees. If you had not sent money, there is no way I can go to school because my mother is poor.

Die kleine Rose Amoako ist glücklich. Sie darf zur Schule gehen. Das ist für das sieben Jahre alte Mädchen aus Ghana nicht selbstverständlich. Ihr Schulbesuch wurde erst durch eine Spende aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern möglich. „Meine Mutter ist arm“, schreibt die Halbwaise in einem Dankesbrief, der jetzt im Schloss eintraf. „Ohne das Geld gäbe es keine Chance für mich, die Schule zu besuchen.“

Rose lebt in der Volta-Region, im Hohoe-Distrikt. Eine ländliche Gegend an der Grenze zu Togo, die zu den ärmsten des westafrikanischen Landes zählt.

„Bildung ist die einzige Möglichkeit für die Menschen dort, dem Elend zu entfliehen“, sagt Ex-Landtagspräsident Hinrich Kuessner, der als Vorsitzender des Vereins „Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit“ (DAZ) mit dafür sorgte, dass die Spende ihr Ziel auch erreichte. Im Februar 2005 hatte ihm Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider den symbolischen Scheck über 2199 Euro feierlich überreicht. Das Geld stammt aus dem Erlös einer Weihnachtsfeier des Landtages, auf der Mitarbeiter, Politiker und Gäste traditionell für soziale Zwecke spenden. Mit dem Geld wird auch der Schulbesuch des kleinen Emmanuel Anyomiama aus dem gleichen Dorf finanziert.

„Es gibt zwar keine offiziellen Schulgebühren in Ghana“, erklärt Kuessner, der ein- bis zweimal jährlich in die Region reist und Rose inzwischen auch kennengelernt hat. Den-

noch koste der Schulbesuch Geld, etwa für die Schuluniform. „Von den Familien wird außerdem erwartet, dass sie sich am Unterhalt des Gebäudes beteiligen, also für Reparaturen und Stromkosten mit aufkommen.“ Umgerechnet zehn Euro brauche jeder Schüler mindestens im Monat. Wer in einer Familie lebt, die sich das nicht leisten kann, muss eben als Kind schon arbeiten und mit für den Unterhalt der Familie sorgen. Doch wer nicht schreiben und lesen kann, habe keine Chance, aus dem Kreislauf der Armut auszubrechen.

„Die Kinder gehen zwei Jahre in eine Art Vorschule“, erläutert der DAZ-Vorsitzende. „Dort lernen sie beispielsweise Englisch, die

offizielle Amtssprache.“ In den Familien werde meist nur die Stammsprache gesprochen. „Der reguläre Schulbesuch dauert dann neun Jahre.“ Internationale Schulpatenschaften seien ein wichtiger Weg, den Familien zu helfen. Bei der Vermittlung arbeitet der Verein DAZ eng mit dem Christian Rural Aid Network (CRAN) zusammen, einer gemeinnützigen Organisation mit Sitz in Hohoe. Rose und Emmanuel wurden von Mitarbeitern von CRAN, vom Schuldirektor selbst und von den Ältesten der Dorfgemeinschaft ausgesucht. CRAN begleite das Projekt, so dass gesichert sei, dass die Gelder auch tatsächlich den Kindern zugute kommen, betont Kuessner.

Er hat 2002 nach seinem Ausscheiden aus der Landespolitik den DAZ in Greifswald gemeinsam mit anderen Deutschen und mit Afrikanern, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, gegründet. Inzwischen zähle der Verein 63 Mitglieder, auch aus anderen Bundesländern. Einige Vereinsmitglieder leben ganz oder zeitweise in Westafrika. Ziele seien unter anderem die Vermittlung von Kontakten zwischen deutschen und afrikanischen Schulen und Gemeinden. Es sollen auch in Zusammenarbeit mit einheimischen Organisationen konkrete Entwicklungsprojekte südlich der Sahara unterstützt werden – unter anderem in Ghana, Togo und Burkina Faso.

„In Ghana spürt man inzwischen schon deutliche Veränderungen zum Positiven“, stellt Kuessner fest. Dazu tragen beispielsweise

auch die durch Friedensnobelpreisträger Mohammed Junus bekannt gewordenen Kleinkreditbanken bei, die den Ärmsten auch ohne Sicherheiten Mikrokredite vermitteln und ihnen so den Aufbau einer eigenen Existenz ermöglichen. CRAN betreibt eine solche Kleinkreditbank. Kleine Schritte, die viel bewirken. Wie eben auch Schulpatenschaften mit Kindern wie Rose und Emmanuel.

www.daz-eu.de





Seit dem Start der Spendenaktion für die Schlosskirche „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ vor sechs Monaten haben mehr als 1100 Spender „zugriffen“ und eine Sternpatenschaft übernommen. Das brachte fast 50.000 Euro in die Spendenkasse, so dass Ende November mit der Restaurierung des Deckengewölbes begonnen werden konnte. Einen Stern hat auch Teresa Beck aus Schwerin erworben und ihrem Freund geschenkt. Sie war beim Startschuss für die Deckenrestaurierung dabei und freute sich zusammen mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider über den Erfolg der Sternen-Aktion.



Im „Hauptberuf“ sind Dominique Balje, Anne Eichler, Ulrike Blaschke, Jana Möller, Andrea Dittrich, Stephanie Beggerow, Franziska Fust, Franziska Rehfeldt (v.l.) Schülerinnen der Fleesenseeschule Malchow. Dass sie am 27. Januar auch am Wochenende in ihr Gymnasium kamen, hat mit ihrem „Zweitjob“ zu tun: Ihre Schülerfirma „Loony Food“ hatte den Auftrag bekommen, das Catering für die Gedenkveranstaltung des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus zu übernehmen. Diese Aufgabe haben die Schülerinnen professionell und zur Zufriedenheit aller Gäste erfüllt. Zu Recht konnten sie stolz sein – auf das Lob der Anwesenden und auf die Ehre, gerade für diese Veranstaltung engagiert worden zu sein. Einen Bericht über die Gedenkveranstaltung in Malchow lesen Sie in der nächsten Ausgabe der „LandtagsNachrichten“.



Wer künftig ein Zwei-Euro-Stück zur Hand nimmt, sollte genau hinschauen: Ab 2. Februar 2007 nämlich zielt das Schweriner Schloss die Rückseite neu geprägter Münzen. Mecklenburg-Vorpommern ist damit nach Schleswig-Holstein das zweite Bundesland in einer neuen Münzenserie – entsprechend der Präsidentschaft im Bundesrat kann sich jedes Jahr ein weiteres Bundesland mit einem charakteristischen Bauwerk auf der Rückseite der Euro-Münze präsentieren. Die ersten Original Schweriner Geldstücke der 30-Millionen-Auflage konnten sich Besucher der Schloßinsel gleich am Ausgabetag bei einer Aktion des Schweriner Schlossrestaurants sichern.

Am 30. Januar wurde im Beisein der Vizepräsidenten des Landtages Renate Holzengel (CDU, l.) und Hans Kreher (FDP, r.) auf dem Flur der CDU-Fraktion eine Ausstellung von Sylvester Antony (2.v.r.) eröffnet. Zur Eröffnung sprach der CDU-Landtagsabgeordnete Marc Reinhardt (3.v.r.). Antony, geboren 1953 in Kiel, lebt und arbeitet seit 1993 auf Schloss Wrodow (bei Penzlin). Hier widmete er sich als Künstler und Vereinsvorsitzender der „Akademie Wrodow e.V.“ dem Aufbau der Kunsthalle Wrodow und einem „Perspektivgarten“, der die Verbindung von alternativen Energien und Kunst als Perspektive für das Land Mecklenburg-Vorpommern repräsentiert. Die Ausstellung in der CDU-Fraktion ist bis 25. März zu sehen.

